

60 Jahre NATO sind genug Für eine europäische Friedensordnung

Manfred Volland, Mitglied des Vorstandes

Am 14./15. März trafen sich in Berlin die Mitglieder des Europäischen Friedensforums zur Europäischen Friedenskonferenz, um nachdrücklich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die von der Existenz der NATO für alle Völker der Welt aus-

gehen. Vertreter aus vielen Ländern Europas waren dem Aufruf des Europäischen Friedensforums gefolgt und haben in Berlin eindringlich ihre Stimme erhoben »Für eine europäische Friedensordnung – Nein zur NATO – Nein zum Krieg!«



Protestdemonstration am 28. März in Berlin: »Wir zahlen nicht für eure Krise! – Für einbe solidarische Gesellschaft«



ISOR hat mit einer Delegation an der Konferenz teilgenommen. Einmütig haben die Teilnehmer die ernstesten Gefahren, die von der NATO ausgehen, hervorgehoben und Konsequenzen für die Sicherung des Friedens sichtbar gemacht. 60 Jahre NATO sind genug.

Es gibt keinen Grund, den 60. Jahrestag der NATO mit Pauken und Trompeten, mit Glanz und Gloria zu begehen. Ihre Bilanz ist furchtbar und besorgniserregend. Die Welt ist durch die NATO nicht sicherer geworden, die Gefahren eines atomaren Weltkrieges mehren sich. Um es deutlich zu sagen: Die Existenz der Menschheit steht, nicht zum ersten Mal, auf dem Spiel.

Sechs Jahre Krieg im Irak haben weit über 100.000 Opfer, vorwiegend Zivilisten, gefordert. Ein ganzes Land wurde dabei in Schutt und Asche gelegt. Der Krieg hat bisher 78 Milliarden Dollar gekostet.

In acht Jahren Krieg in Afghanistan haben ebenfalls über 110.000 Zivilisten und mehr als 5.000 Soldaten ihr Leben gelassen, darunter 28 junge Deutsche. Ergebnis: Gewalt, Terror, Drogenhandel und bitteres Elend herrschen. Dieser Krieg kostete bisher insgesamt 1,2 Billionen Dollar, darunter für Deutschland zwei Milliarden Euro.

Fast neun Jahre währte der Jugoslawien-Krieg mit tausenden Toten und Verletzten, mit 600.000 Obdachlosen und 1,2 Millionen Vertriebenen, mit riesigen Zerstörungen. Noch heute gibt die BRD rund eine Milliarde Euro jährlich für den Einsatz deutscher Soldaten aus.

Wie viel Leid und Elend wäre den Völkern erspart geblieben, welche gewaltigen materiellen und finanziellen Ressourcen hätten für die Lösung sozialer Fragen zur Verfügung gestanden, wenn die NATO sich vor 18 Jahren genauso wie der Warschauer Vertrag aufgelöst hätte? Als am 1. Juli 1991 der Warschauer Vertrag auf Grund der veränderten internationalen Situation seine Tätigkeit einstellte, hatte die NATO ihre Existenzberechtigung verloren, denn der bisherige potentielle Gegner war nicht mehr da. Das Gebot des Friedens erforderte die sofortige Auflösung der NATO. Was für ein Glück für die Menschheit, wenn beide mächtigen Militärbündnisse nicht mehr existent gewesen wären. Leider stand diesen humanen Erfordernissen das Machtstreben des globalen Imperialismus mit seinem militärisch-industriellen Komplex entgegen. Man erfand neue Bedrohungslügen, die bereits wenige Wochen nach Auflösung des Warschauer Vertrages im November 1991 in Rom als vorläufige strategische Orientierung festgelegt wurden. Sie basierten auf der Behauptung, die Zugänge zu den Ressourcen seien gefährdet, die ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages könnten nach Massenvernichtungswaffen streben und nunmehr sei die Krisenbewältigung außerhalb der NATO erforderlich. Man brauche einen globalen Einsatzraum: ganz Mittel- und Osteuropa, den GUS-Raum, das südliche Mittelmeer und den nahen Osten. Dieser neue »euroatlantische

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

Raum« kann noch erweitert werden um die potenziellen Erdölfördergebiete wie das Kaspische Meer und weitere östliche Gebiete. Wenn also bis dahin die Warschauer Staaten Zielgebiet der aggressiven NATO-Pläne waren, gilt nunmehr als Zielgebiet jedes beliebige Land, das für die NATO von Interesse ist. Im April 1999 wurde dann in Washington das neue strategische Konzept als NATO-Doktrin verabschiedet, welches die Grundlage der friedensgefährdenden Politik der NATO bildet. Die Kernelemente dieser aggressiven Doktrin bestehen in Folgendem:

1. Ausweitung des territorialen Einsatzbereiches der NATO auf die ganze Welt.

Gegenwärtig ist das wiedererstarkte Russland mit seinen gewaltigen Ressourcen, besonders Erdöl und Erdgas, die Hauptrichtung der NATO. Diesem Ziel diene auch der Kaukasuskonflikt im Herbst 2008. Deshalb soll die Einkreisung Russlands durch die Aufnahme weiterer Staaten, wie Georgiens, der Ukraine, Albaniens und Kroatiens in Kürze abgeschlossen werden.

Bei allen aktuellen Entspannungssignalen von USA-Präsident Obama fühlt sich Moskau berechtigt durch die weitere Ostausdehnung der NATO ernsthaft bedroht. Andererseits will gut ein halbes Jahr nach dem Georgien-Konflikt die NATO einschließlich der USA auch ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Russland aufschlagen. Der NATO-Russland-Rat soll wieder eingesetzt werden und seine Arbeit fortsetzen. Man braucht Russland plötzlich wieder, um die Transportwege nach Afghanistan sicherzustellen.

2. Für die Einsatzoptionen sind keine Mandate der UNO mehr erforderlich, die NATO kann unabhängig davon handeln.

Schon in den 90er-Jahren wurde die Selbstmandatierung der USA und der NATO festgeschrieben. Das wurde erstmalig mit der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien praktiziert. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Solana äußerte unverhohlen: »Wir brauchen den UNO-Sicherheitsrat nicht.« Damit wurde die Grundlage für weitere NATO-Kriege ohne UNO-Mandat festgelegt.

3. Erneute Festschreibung der Ersteinsatzoption für Nuklearwaffen.

In der Ziffer 62 des Washingtoner Vertrages heißt es: »Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden.« Diese Bedrohung widerspricht dem Gutachten des internationalen Gerichtshofes von 1996, das die Drohung mit Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärte. Nach wie vor lagern in Europa über 240 Atombomben, davon in Deutschland noch immer 20 atomare Sprengköpfe in Büchel,

Rheinland-Pfalz. Diese sind mit Sicherheit nicht für den Einsatz gegen Terroristen vorgesehen. Russland sah sich deshalb gezwungen, vor wenigen Tagen anzukündigen, seine strategischen Rakentruppen in den nächsten Jahren weiter zu modernisieren. Trotzdem keimt mit dem angekündigten Abrüstungsdialog zwischen den USA und Russland zu den Start-Verträgen zur Reduzierung der strategischen Kernwaffen sowohl der nuklearen Sprengköpfe, aber auch der Trägermittel, neue Friedenshoffnung auf, um eine drohende atomare Gefahr von den Völkern abzuwenden. Absichtserklärungen sind die eine Sache, die Praxis der NATO-Krieger jedoch die andere.

Eindeutig dient die NATO als Instrument für Kriege um Rohstoffe und Märkte und die Sicherung ihrer Transportwege.

Die Berliner Konferenz hat mit aller Deutlichkeit gemahnt und gefordert: Macht Schluss mit dieser unverantwortlichen, menschenverachtenden Politik der NATO. Die Welt hat genug von 60 Jahren NATO. Die Welt braucht Frieden. Wir brauchen ein friedliches Europa, wir brauchen einen Kontinent der Sicherheit und Zusammenarbeit, nur so kann es eine friedliche Zukunft für die Völker geben. Das ist Voraussetzung für die Lösung der vor uns stehenden gewaltigen sozialen Herausforderungen.

Wir, die Teilnehmer von ISOR an dieser Konferenz, stellen uns hinter diese Forderungen und sind uns gewiss, dass wir uns dabei auch auf unsere Mitglieder berufen können. Tausende unserer Vereinsfreunde haben zu DDR-Zeiten bei den bewaffneten Organen viele Jahre gedient und modernste Waffensysteme beherrscht, aber nicht einen einzigen Tag Krieg geführt. Keine anderen Völker wurden von uns bedroht oder gar überfallen. Auch bei den Ereignissen 1989/90 stand die Anwendung der Waffen nie zur Debatte. Unser Waffendienst war im wahrsten Sinne des Wortes Friedensdienst. Darauf sind wir heute noch berechtigt stolz. Deshalb können wir auch aus voller Überzeugung zustimmen, dass die NATO für die Zukunft der Menschheit keine Existenzberechtigung mehr hat. Was 1991 versäumt wurde, kann und muss endlich nachgeholt werden: Die Welt muss frei von allen Militärbündnissen werden. Die riesigen finanziellen Mittel und Ressourcen, die dabei freigesetzt werden können, braucht die Welt dringend für soziale Zwecke, besonders zur Überwindung der nicht zurechtfertigenden, sozialen Unterschiede auf unserem Erdball. Auch unserem Lande täte das gut.

(Redaktionell gekürzt –
der vollständige Wortlaut ist im Internet unter
www.isor-sozialverein.de im Abschnitt
»Reden und Aufsätze« nachlesbar)

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand diskutierte den Entwurf eines Textes für die geplante Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht. Dieser Text wird den Mitgliedern des Beirates und den Vorständen mitgliederstarker TIG zur Meinungsäußerung zugeleitet. Die Beschlussfassung dazu ist für die Vorstandssitzung im Monat April vorgesehen.

★

Der Vorstand beschloss die Wahlordnung und die Konzeption für die Vorbereitung der Vertreterkonferenz im November dieses Jahres.

★

Auf der Präsidiumssitzung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) am 12. März 2009 erläuterte Horst Parton die ISOR-Position zur aktuellen Rentenpolitik der Bundesregierung. Wenn man auch in der sozialen Einheit vorankommen wolle, seien auch folgende Aufgaben zu lösen:

1. Beseitigung von Überführungslücken bei der Überleitung der Ostrenten,
2. Aufhebung zahlreicher Bestimmungen für noch bestehendes Rentenunrecht,
3. Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts durch Beendigung seines Missbrauchs als Rentenstrafrecht.

Die anwesenden Vertreter von über 20 Verbänden sprachen dazu ihre volle Solidarität aus.

★

Auf Einladung der Bundestagsfraktion der Partei Bündnis90/DIE GRÜNEN nahm ein Vertreter des ISOR-Vorstandes am Kongress zum Thema »60 Jahre Grundgesetz« am 13. und 14. März 2009 in Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages teil.

★

Der Vorsitzende der ISOR Horst Parton war am 21. März Gast einer Informationsveranstaltung der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA). Er erläuterte in seinen Ausführungen die aktuellen Aufgaben im Kampf gegen das Rentenstrafrecht und würdigte die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Sprecherrat der IGA für die Erringung der gemeinsamen Zielsetzung.



Unsere Mitgliederversammlung der annähernd 400 ISOR-Mitglieder in der mecklenburg-vorpommerschen Landeshauptstadt **Schwerin** hat mit großer Einmütigkeit ihre besondere Solidarität und Übereinstimmung mit den anlässlich des so genannten Weltfinanzgipfels der G20 geplanten Demonstrationen gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Krisenpolitik der Bundesregierung bekundet.

Wie zehntausende Mitstreiter eines breiten Bündnisses von Organisationen und Verbänden zeigen auch wir der Bundesregierung und den systemtragenden Parteien wegen ihrer neoliberalen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die »Rote Karte«.

Wir unterstützen die zentrale Forderung des Massenprotestes unter der Losung »Wir zahlen nicht für eure Krise – Für eine solidarische Gesellschaft« und versichern, in unseren eigenen Aktivitäten für Rentengerechtigkeit nicht nachzulassen.

Wir wünschen den politisch Herrschenden die Fähigkeit zur Einsicht, die realen Zeichen der Zeit zu erkennen und endlich gemeinwohlorientiert zu handeln.

Lothar Voigt



Für den 12. März 2009 hatte der Vorstand der TIG **Marzahn** / AG Betreuung alle Frauen zu einer Frauentagsveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages bei Kaffee und Kuchen eingeladen. Unter dem Motto »Rund um den Kessel Buntes« gab es eine kulturelle Überraschung im Kulturgut Alt-Marzahn. Durch das kleine Programm führte Hans-Ullrich Brandt, der als ehemaliger Cheforganisator vom »Kessel Buntes« einige interessante Begebenheiten erzählte und diese mit Fernsehauftritten von verschiedenen Künstlern im »Kessel Buntes« auf der Leinwand präsentierte. Eine musikalische Umrahmung gab es von Jörg Milde, der sehr unterhaltend mit Gesang und Gitarre die Frauen zum Mitsingen motivierte. Bei allen Frauen gab es eine positive Resonanz. Solche Zusammenkünfte tragen mit dazu bei, den gemeinsamen Kampf zur Rentengerechtigkeit weiter erfolgreich zu gehen.

AG Betreuung der TIG Marzahn



Gemeinsam sind wir stärker! 175 Mitglieder aus den örtlichen Vereinen des »Barnimer Senioren Verein's«, der GBM Barnim, der GRH Barnim und der ISOR-TIG **Bernau** kamen erstmals zur gemeinsamen Mitgliederzusammenkunft in der Stadthalle Bernau zusammen, um sich über die »Probleme der aktuellen Bundes-

Sozialpolitik« zu informieren. Frau Dr. Dagmar Enkelmann, MdB und parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, gab den Anwesenden einen aufschlussreichen Überblick zur gegenwärtigen Politik in Deutschland. Die Teilnehmer der Veranstaltung stimmten einer Pressemitteilung und einem Brief an die Bundeskanzlerin zu.

Anschließend verabschiedeten die Mitglieder der GBM, der GRH und von ISOR die nachfolgende Willenserklärung:

Willenserklärung

Im Ergebnis unserer gemeinsamen Mitgliederzusammenkunft der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) Ortsverband Barnim sowie den regionalen und örtlichen Gruppen von ISOR und GRH stellen die mehr als 70 Teilnehmer fest, dass seit der Vereinigung Deutschlands vor knapp 20 Jahren die im Auftrag des Großkapitals betriebene Innen- und Außenpolitik der BRD den Zukunftserwartungen der Bürger widerspricht. Das kapitalistische Wirtschaften hat uns jetzt die Wirtschaftskrise beschert, deren Auswirkungen zu Lasten der Mehrheit der hier lebenden Menschen gehen. Massenarbeitslosigkeit und noch mehr Armut sind die Folgen. Mühsam aufgebaute Existenzen werden vernichtet. Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein! Wir fordern eine bessere, friedliche und sozial gerechte Gesellschaft! Wir rufen die Bürger auf, sich ihrer Erfahrungen und Kenntnisse aus der Zeit des Hitlerfaschismus und des zweiten Weltkriegs zu erinnern, die sie veranlassten, in der Nachkriegszeit mit ihrem politischen Handeln den Aufbau einer besseren Gesellschaft zu unterstützen. Heute geht es darum, den Nazis den Weg zu versperren und einen neuen Faschismus zu verhindern. Deutschland darf sich nicht länger an grundgesetzwidrigen Kriegen beteiligen! Wir fordern die sofortige Beendigung jeglicher direkter und indirekter Kriegsbeteiligung! Wir fordern: Die Bundesrepublik Deutschland muss aggressive Bündnisse verlassen! Wir fordern weiterhin, dem Trend zum Verlassen der Dörfer und Städte in den neuen Bundesländern entgegen zu wirken, denn »blühende Landschaften« können nur mit ihren heimatverbundenen Menschen entstehen. Wir wollen, dass die Politik, wo die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse mit Tolerierung hoher Arbeitslosigkeit, geringen Arbeitseinkünften und Renten behandelt werden, beendet wird. Wir fordern die Anerkennung des objektiven Verlaufs deutscher Geschichte und Anerkennung der Lebensleistung und Biographien ehemaliger DDR-Bürger. Dazu ist es erforderlich, im Interesse des Zusammenwachsens

von Ost und West, die permanente diskriminierende Berichterstattung in den Medien und bei öffentlichen politischen Auftritten einzustellen.

Wir, die hier Versammelten, wollen unsere Erfahrungen und Kenntnisse für die Gestaltung einer optimistischen Zukunft für das eigene und das Leben unserer Kinder und Enkel einbringen. Und die Jüngeren rufen wir auf für eine friedliche, lebenswerte und würdevolle Zukunft einzutreten.

Dieter Geister



Auch in diesem Jahr fand, diesmal am 7. März, die schon zur guten Tradition gewordene jährliche Beratung mit Beiratsmitgliedern und eingeladenen TIG-Vorsitzenden (von Rostock, Wismar, Saßnitz, Güstrow, Bützow, Neubrandenburg) des Landes **Mecklenburg-Vorpommern** in Kuhs statt.

Gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied und Landesbeauftragten Siegfried Felgner besprachen die Versammelten gemeinsam Fakten, Argumente, Ergebnisse und Orientierungen zu den drei Themen:

- aktueller Verfahrensstand zu § 7 AAÜG,
- Stand und Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Sozialvereinen im Wahljahr,
- Lage und Situation im Vorfeld der Wahlen und der Vertreterversammlung.

Offen und in konstruktiver Art und Weise wurde darüber diskutiert. Mit Beschluss der Vertreterversammlungen 2004 und 2005, den juristischen Kampf wieder aufzunehmen und eine höchstrichterliche Entscheidung herbeizuführen, sind wir in 2008 ein Stück vorangekommen (sozialwissenschaftliches Gutachten, Wiederaufnahme von ruhenden Widerspruchs- und Klageverfahren, Einreichung neuer Klagen).

Wichtig und für unseren Erfolg unabdingbar ist der Ausbau und die Festigung der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Sozialvereinen. Eine gute Initiative kommt aus Neubrandenburg; hier hat sich eine Gruppe aus GBM, BRH, Volkssolidarität, »Rotfuchs« und TIG Neubrandenburg gebildet zur Abstimmung bei Planung, Organisation und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen. Trotzdem wurde gegenüber 2008 in vielen TIG im Land keine Verbesserung erreicht.

Höhepunkte im Vereinsleben sind 2009 die Wahlen in den TIG, die Vertreterversammlung im November und die Wahl der Delegierten zu dieser.

Um auch weiterhin eine kontinuierliche Vereinsarbeit zu sichern, führen wir die Diskussion: „Was stellen wir uns unter einer lebendigen und arbeitenden sowie stabilen TIG vor?“

Im Ergebnis der Beratung resümieren wir und orientieren auf:

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

- Vertrauen, Geduld, Standvermögen im Kampf gegen §§ 6 (2) und 7 AAÜG,
- die ständige Mitgliedergewinnung,
- die kontinuierliche Vorstandsarbeit, besonders auch die Frage der gegenseitigen Ersetzbarkeit,
- den gemeinsamen Kampf mit Verbündeten gegen Sozialabbau,
- die Wahlen in den TIG und zur Vertreterversammlung.

Werner Liefke, Beiratsmitglied

Bei anderen gelesen:

»Jubel ist unangebracht« kommentiert Dr. Martina Bunge, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages, in einer Pressemitteilung vom 17. März die angekündigte Rentenerhöhung. »Eine Rentenerhöhung von 2,41 bzw. 3,38 Prozent in diesem Jahr reicht nicht aus, um die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner zu stabilisieren und die Verluste der vergangenen Jahre auszugleichen. Neben einem Schutzschirm für die Beschäftigten brauchen wir auch ein Rettungspaket für die Rentnerinnen und Rentner. Die Rente muss sofort um mindestens vier Prozent steigen, damit die Kürzungen der letzten Jahre wenigstens teilweise ausgeglichen werden. Eine weitere Steigerung müsste die Teilnahme der Rentnerinnen und Rentner an der vorjährigen Einkommensentwicklung sichern.«

★

Pressemitteilung 16/2009 der Volkssolidarität: Erfreuliche Erhöhung mit Fragezeichen für die Zukunft

»Die Anhebung der Renten zum 1. Juli ist erfreulich – auch wenn damit der seit 2003 eingetretene Wertverlust der Renten von über 8,5 Prozent nicht wett gemacht wird.« Dies erklärte der Bundesgeschäftsführer des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität Dr. Bernd Niederland am Montag zu der von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz angekündigten Rentenanpassung um 2,41 Prozent in den alten und um 3,38 Prozent in den neuen Ländern. »Nach drei Renten-Nullrunden und unterhalb der Preissteigerung liegenden Anpassungen folgt jetzt ein Lichtblick. Allerdings steht zu fürchten, dass er nur von kurzer Dauer sein wird.«

Auf der einen Seite wirkten sich jetzt endlich steigende Löhne und Gehälter auch bei den Renten aus, sagte Niederland weiter. »Auf der anderen Seite steht die Aussetzung des Riesterfaktors für 2008 und 2009, die ab 2012 wieder nachgeholt werden soll. Daher sind ab dem kommenden Jahr wieder Renten-Anpassungen zu erwarten, die deutlich unter der diesjährigen Steigerung liegen dürften. Damit das Renten-

niveau nicht ständig weiter sinkt und Altersarmut begünstigt, müssen die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel gestrichen werden.«

Die deutliche Anhebung der Renten in den neuen Ländern sei für die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner besonders erfreulich. Aber auch sie könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung bisher keinen akzeptablen Vorschlag für eine gerechte Regelung zur Angleichung des Rentenwerts Ost an den der alten Länder auf den Tisch gelegt habe, kritisierte der Bundesgeschäftsführer.

»Die deutlich höhere Anpassung in den neuen Ländern werten wir als Zeichen dafür, dass der Angleichungsprozess nicht abgeschlossen ist, sondern eine Perspektive haben kann, wenn die politisch Verantwortlichen tatsächlich die soziale Einheit bei den Renten vollenden wollen. Das geht aber nicht ohne Investitionen in die soziale Einheit. Die Menschen in den neuen Ländern erwarten mehr als eine einmalige Ausschüttung aus dem Füllhorn kurz vor den Bundestagswahlen.«

★

Pressemitteilung 3/09 der BAGSO e.V. Rentner in Ost und West lassen sich nicht gegeneinander ausspielen!



Gegenüberstellung der Rentenbezüge ist und bleibt Halbwahrheit. Erst »beuten die Alten die Jungen aus«. Nun sind es die Rentnerinnen und Rentner in Ost-

deutschland, die angeblich »mehr Rente« bekommen als die im Westen der Republik. »Das schlichte Gegenüberstellen der Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist und bleibt eine Halbwahrheit«, so der BAGSO-Vorsitzende, ehemalige Bundestagsabgeordnete und langjährige Vorsitzende der Enquetekommission »Demographischer Wandel« des Deutschen Bundestages, Walter Link. »Die Rentnerinnen und Rentner in den alten und neuen Ländern lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Im Gegenteil: Vom 8. bis 10. Juni 2009 werden beim 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig ältere Menschen aus Ost und West zusammentreffen und gemeinsame Lösungen zu den anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen formulieren.« In der Ausgabe der Bild-Zeitung vom heutigen Tag (18.3.2009) werden zwei Rentnerpaare verglichen: Das Ehepaar G. aus Halle (Sachsen-Anhalt) erhält zusammen 1.872 Euro aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, das Ehepaar K. aus dem nordrhein-westfälischen Bönen 1.370 Euro. Nur zwischen den Zeilen wird deutlich, dass das Ehepaar K. mietfrei im eigenen Haus wohnt, das Ehepaar G. in einer 53 qm großen Mietwohnung. Tatsache ist, dass der aktuelle Rentenwert Ost weiterhin 12 % niedriger liegt als der Rentenwert West.

Das Ehepaar G. (Halle) würde also bei gleicher Arbeitsbiografie im Westen rund 2.100 Euro bekommen, das Ehepaar K. (Bönen) im Osten nur etwa 1.200 Euro. Richtig ist, dass die Rentenzahlungen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung im Osten höher sind als im Westen. Bei den Frauen ist das auf die im Durchschnitt längeren Erwerbsbiografien zurückzuführen; im Westen ist ein Rentenanspruch von 180 Euro (wie bei Frau K. aus Bönen) keine Seltenheit. Bei den Männern liegt es vor allem daran, dass zu den Ost-Rentnern viele Akademiker wie Ärzte oder Rechtsanwälte zählen; im Westen erhalten diese Berufsgruppen in der Regel keine Leistungen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, sondern aus speziellen Versorgungswerken. Betont werden muss auch, dass 90 % der Seniorinnen und Senioren in Ostdeutschland ihre Alterseinkünfte ausschließlich aus der Gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. In Westdeutschland erhalten viele Rentnerinnen und Rentner zusätzlich Betriebsrenten und deutlich mehr ältere Menschen in Westdeutschland wohnen mietfrei im Eigentum als in den neuen Bundesländern.

Auf dem Büchermarkt:

»STOPP NATO! – 60 Jahre NATO – 60 Jahre Bedrohung des Friedens

Hrsg.: Konstantin Brandt, Karl Rehbaum. Rainer Rupp, GRH e.V. / ISBN 978-3-939828-38-9

Preis: 14 EURO

Verlag Wiljo Heinen, Berlin

Mit diesem Sammelband will die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V. als Mitherausgeberin dazu beitragen, die wahren Strategien, Ziele und Absichten der NATO zu entlarven und über deren wirklichen Charakter aufzuklären. Als Menschenrechtsorganisation ist die GRH dazu verpflichtet.

★

KUBA – Die lebendige Revolution

Von Heinz Langer

ISBN 978-3-939828-06-8

Preis: 12 EURO

Verlag Wiljo Heinen, Berlin

In diesem faktenreichen Buch hat der Autor (ehem. Botschafter der DDR in Kuba) zusammengetragen, woraus die kubanische Revolution ihre Kraft schöpft und wie sie lebendig blieb. Er berichtet über aktuelle Entwicklungen, die Hoffnung machen.

★

Das Buch »Offiziershochschule der Landstreitkräfte Ernst Thälmann« wurde auf Grund der hohen Nachfrage in der 2. Auflage gedruckt und kann portofrei über Dr. Jürgen Kiewel, Telefon 03585-400953 oder E-mail: juergen@kiewel-online.de erworben werden. Format 17 x 24cm. Preis: 15 EURO

AG Recht informiert:

Soweit bisher noch nicht erfolgt, erteilt das Bundesverwaltungsamt als der für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AFNS zuständige Versorgungsträger Widerspruchsbescheide, mit denen auch länger zurückliegende Widersprüche gegen erteilte Entgeltbescheide wegen der Begrenzung des Arbeitsentgeltes nach § 7 AAÜG zurückgewiesen werden. Da der Widerspruchsbescheid in seiner Rechtsbehelfsbelehrung den Hinweis auf eine Klagemöglichkeit beim Sozialgericht erhält, wenden sich viele Freunde mit der Frage an uns bzw. das Anwaltsbüro, was zu unternehmen sei. Die Begründung über die Unzulässigkeit des Widerspruchs, ist korrekt. Mit seinem Urteil vom 20.12.2001 hat das Bundessozialgericht entschieden und klargestellt, das ausschließlich der Rentenversicherungsträger für die Begrenzung des anzurechnenden Arbeitsentgeltes nach § 7 AAÜG zuständig ist. Das Bundesverwaltungsamt ist zumindest seit diesem Zeitpunkt die falsche Behörde, gegen die der Antrag zu richten ist. Das bedeutet, Klage ist nicht zu erheben, sie würde – wie der Widerspruch – wegen Unzulässigkeit abzuweisen sein. Der Widerspruchsbescheid kann »zu den Akten« genommen werden, ein Rechtsverlust entsteht dadurch nicht. Einwände wegen der Begrenzung nach § 7 AAÜG sind ausschließlich gegen den Rentenbescheid zu erheben. Das Antragsmuster ist in **ISOR aktuell** September 2008 veröffentlicht.

In **ISOR aktuell** 12/07 und 1/09 haben wir einen Musterantrag zu dem Problem »Zulage und Zuschläge« veröffentlicht, dieser ist nach wie vor gültig. Soweit das Anwaltsbüro mit der Führung der Verfahren bevollmächtigt wurde, werden diese zügig bearbeitet, die ersten Klagen bei ablehnenden Bescheiden der Versorgungsträger sind bei den Sozialgerichten eingereicht. Letztendlich wird eine höchstrichterliche Entscheidung erforderlich sein. Eine umfassende Rechtsprechung liegt noch nicht vor, allerdings hat das LSG Sachsen Anhalt in einem Fall das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt und damit rentensteigernd anerkannt. Für den einzelnen Betroffenen ist es mitunter schwierig zu erkennen, ob sich ein entsprechender Antrag auch lohnt, sei es wegen der Zeitdauer der gewährten Leistung oder deshalb, weil bei dem anzurechnenden Arbeitsentgelt die Beitragsbemessungsgrenze fast erreicht oder bereits überschritten wurde. Die Beitragsbemessungsgrenze ist bekanntlich der aus dem Rentenbescheid ersichtliche Wert über den erzielte Arbeitseinkünfte rentenrechtlich nicht zu berücksichtigen sind. Am einfachsten ist das anhand der in den einzelnen Jahren erzielten Entgeltpunkte (Anlage

3 zum Rentenbescheid zu prüfen. Beiliegende Tabelle soll hierbei eine Hilfestellung sein.

Beitragsbemessungsgrenze in Entgeltpunkten der Jahre:

Jahr	E-punkte	Jahr	E-punkte
1950	2,28	1970	1,62
1951	2,01	1971	1,53
1952	2,10	1972	1,54
1953	2,22	1973	1,51
1954	2,13	1974	1,47
1955	1,98	1975	1,54
1956	1,86	1976	1,59
1957	1,78	1977	1,64
1958	1,69	1978	1,69
1959	1,71	1979	1,73
1960	1,67	1980	1,71
1961	1,61	1981	1,71
1962	1,56	1982	1,75
1963	1,54	1983	1,80
1964	1,56	1984	1,82
1965	1,56	1985	1,84
1966	1,58	1986	1,83
1967	1,64	1987	1,81
1968	1,77	1988	1,85
1969	1,72	1989	1,83

Berichtigung

In ISOR aktuell 03/2009 ist in der Information der AG Recht leider ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Bei der Aufzählung der an das Anwaltsbüro zu übermittelnden Unterlagen muss es im 3. Anstrich richtig heißen: – **den Widerspruchsbescheid**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 15.03.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.04.2009

Einstellung im Internet: 08.05.2009

Auslieferung: 14.05.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr